

Zur Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse¹

Markus Wissen

In jüngerer Zeit mehren sich die Zweifel, ob die ökologische Krise unter demokratischen Vorzeichen in den Griff zu bekommen sei: Der lange Zeithorizont demokratischer Verfahren und der Kompromisscharakter ihrer Ergebnisse kollidierten mit der Dringlichkeit und nötigen Eingriffstiefe ökologischer Massnahmen; gleichzeitig erschwere das kurzfristige Denken in Legislaturperioden die Berücksichtigung langfristiger Menschheitsinteressen; und generell seien Regeln, die die Herstellung und Nutzung von umweltschädlichen Dingen wie Autos einschränkten oder gar beendeten, als Verbote zu betrachten, die mit der Trennung zwischen dem Öffentlichen und dem Privaten, wie sie mit der liberalen Demokratie institutionalisiert wurde, in Konflikt stünden.

Damit sind die ökologischen Dilemmata der liberalen Demokratie gut beschrieben. Die Einsicht in sie kann wahlweise einer Flucht in den Fatalismus oder einer Befürwortung autoritärer Lösungsansätze Vorschub leisten. Demgegenüber sollen in diesem Beitrag die ökologischen Potenziale von Demokratie ausgelotet werden. Dabei geht es nicht einfach um die Frage, ob Demokratie und Ökologie sich gegenseitig ausschliessen oder nicht, sondern *unter welchen Bedingungen* sie sich wechselseitig verstärken. Der Kern von Demokratie wird dabei in der Gleichheit gesehen (vgl. Demirović 2013, 213 f.), und ihre Qualität wird daran bemessen, wie es um die gesellschaftliche Reichweite von Gleichheit bestellt ist: Beschränkt sie sich auf die politische Sphäre, oder geht sie darüber hinaus und umfasst auch die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion? Im Unterschied zu den oben skizzierten Zweifeln werde ich argumentieren, dass eine reflexivere Gestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse keine Beschränkung von Demokratie, sondern ihre *Ausdehnung* auf solche Bereiche erfordert, die bislang systematisch gegen sie abgeschottet wurden. Erläutern will ich dies anhand der ökologischen und demokratischen Potenziale unterschiedlicher Energieregime: des fossilistischen und des auf erneuerbaren Energien beruhenden.

Carbon Democracy

In seinem Buch *Carbon Democracy* hat Timothy Mitchell (2011) eindrucksvoll gezeigt, wie sich mit dem ökonomischen Bedeutungsgewinn

der Kohle ein Gegensatz zwischen Demokratie und Ökologie herausgebildet hat. In dem Masse, wie Kohle zum wichtigsten Energieträger und damit zum Faktor von Luftverschmutzung und Klimawandel wurde, wuchs auch die Macht der Berg- und TransportarbeiterInnen, die die Kohle aus grossen, zentralisierten Lagerstätten förderten bzw. von dort weiterverteilten. Die Fähigkeit der ArbeiterInnen, die Versorgung der Gesellschaft mit dem strategischen Rohstoff Kohle zu unterbrechen, verlieh ihnen sozialen und politischen Forderungen Nachdruck. Die Gesellschaft und ihre Eliten wurden vulnerabel. Die ArbeiterInnen verbuchten einen Zuwachs an dem, was Beverly Silver (2005, 31) als »Produktionsmacht« bezeichnet hat: die Möglichkeit, Produktion und Zirkulation an Schlüsselstellen zu unterbrechen und damit der Gesellschaft reproduktionsnotwendige Leistungen vorzuenthalten. »Demokratische Ansprüche auf ein egalitäreres Zusammenleben wurden mittels des Flusses und der Unterbrechung der Kohleversorgung geltend gemacht« (Mitchell 2011, 236). Das ist der Kern dessen, was Mitchell als *carbon democracy* bezeichnet.

Mit dem Übergang von der Kohle zum Öl schwächte sich dieser enge Zusammenhang zwischen fossilen Energieträgern und Demokratie auf den ersten Blick ab, denn die Extraktion und der Transport sind beim Öl kapitalintensiver als bei der Kohle und erfolgen zudem über ein Netzwerk aus Standorten, Pipelines und Tankerflotten, das gegenüber gezielten Arbeitskämpfen weit weniger anfällig ist als die zentralisierte Infrastruktur der Kohleförderung und -distribution (vgl. Mitchell 2011, 43 ff.). Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass das Öl demokratiepolitisch durchaus nicht nur einen Rückschritt, sondern auch einen qualitativen Wandel markierte: Hatte die Kohle die *Produktionsmacht* der ArbeiterInnen vergrössert, so revolutionierte die scheinbar grenzenlose Verfügbarkeit billigen Öls ihre *Lebensweise*. Dies ist demokratiepolitisch aus zwei Gründen bedeutsam: Zum einen verbesserten sich mit der »energy available per dollar earned« (Huber 2013, 180) die raum-zeitlichen Voraussetzungen politischer Beteiligung: Produktivitätssteigerungen, wie sie auch durch den Einsatz fossiler Energien ermöglicht wurden, resultierten – vermittelt über die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung – nicht nur in höheren Löhnen, sondern auch in mehr freier Zeit; die Verfügung über einen Pkw mit Verbrennungsmotor erhöhte die räumliche Mobilität. Bei beidem handelt es sich um wichtige Voraussetzungen politischer Partizipation. Zum anderen wurde die materielle Reproduktion jener, die durch Wahl oder andere Formen der politischen Beteiligung auf die Gestaltung des Gemeinwesens Einfluss nahmen, nun zunehmend von der Verfügbarkeit billigen Öls abhängig: Der massenhafte Verzehr von agrarindustriell hergestellten Lebensmitteln, der extensive Gebrauch von Plastik und das tägliche Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort mit dem eigenen Auto funktionieren nur

so lange, wie Öl preiswert zur Verfügung steht. Ist dies nicht mehr der Fall, weil der Treibstoff sich aus ökonomischen, ökologischen oder politischen Gründen verteuert, dann wird die energieintensive Lebensweise prekär. Die mögliche Folge ist der soziale Protest derer, die strukturell in diese Lebensweise eingebunden sind, sich ihr also nicht ohne Weiteres entziehen können. Der Protest der französischen Gelbwesten, der sich an der Ankündigung der Regierung entzündete, die Ökosteuer auf Benzin und Diesel zu erhöhen, steht exemplarisch dafür.

Mit dem Übergang zum Öl als wichtigstem Energieträger stellte sich also eine Verbindung von Demokratie und Ökologie her, die sich von der auf der Kohle basierenden Verbindung in wichtigen Punkten unterschied. Die ökonomische Abhängigkeit der Gesellschaft von der Kohle ging mit Machtverschiebungen *in den Sphären* der Produktion und Zirkulation einher. Die materiellen Eigenschaften der Kohle schufen in diesen Sphären Ansatzpunkte für erfolgreiche Kämpfe um soziale und politische Rechte. Der *Lebensweise* der Lohnabhängigen blieb der Energieträger Kohle dagegen vergleichsweise äusserlich – die Reproduktion selbst der BergarbeiterInnen war bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein semi-subsistent. Eben dies änderte sich, als das Öl die Kohle als zentralen Energieträger ablöste. Mit dem Öl sickerten das fossilistische Energieregime und die kapitalistische Produktionsweise in die Kapillaren des Alltags der Lohnabhängigen ein. Der Energieträger war nun nicht mehr länger nur ein Hebel zur Durchsetzung von Rechten, deren Inanspruchnahme von seiner materiellen Beschaffenheit grundsätzlich unabhängig war. Vielmehr entwickelte sich eine konstitutive Verbindung zwischen Energieträger, kapitalistischer Produktionsweise, Alltag und Demokratie. In dem Masse, wie sowohl die Beteiligungschancen als auch die materielle Reproduktion der Lohnabhängigen an ein Öl-basiertes Energieregime und die dadurch befeuerte kapitalistische Produktion von Waren des alltäglichen Bedarfs gekoppelt wurden, konnten sich in den Gesellschaften des globalen Nordens ökologisch äusserst destruktive Produktions- und Konsummuster verallgemeinern und sich über Wahlen sowie andere Formen der politischen Beteiligung und Artikulation (wie Strassenprotest) in die staatlichen Institutionen einschreiben.

Bei der *carbon democracy* handelt es sich zweifellos um eine höchst eingeschränkte Form der Demokratie. Zum einen beruht sie auf ungleichen Geschlechterverhältnissen. Das Erdöl-basierte Energieregime brachte Raum- und Siedlungsstrukturen hervor, die es kaum zuliessen, Lohn- und Reproduktionsarbeit gleichberechtigt zwischen den Geschlechtern zu verteilen. Suburbane Einfamilienhaussiedlungen, die nur mit dem privaten Pkw zu erreichen und zu verlassen sind und die aufgrund ihrer Monofunktionalität die Verbindung von Lohn- und Reproduktionsarbeit zu ei-

ner raum-zeitlich nur schwer zu bewältigenden Herausforderung machen, begünstigen und verfestigen traditionelle Formen der Arbeitsteilung, in denen dem Mann die Funktion des Lohnarbeit-leistenden ›Ernährers‹ und der Frau die Sorgearbeit zugewiesen wird (vgl. Spitzner 2004, Kap. 3). Geschlechterdemokratie wird von den Raumstrukturen eines fossilistischen Energieregimes also geradezu konterkariert.

Zum anderen gründet die Erdöl-basierte Demokratie auf undemokratischen Nord-Süd-Verhältnissen. Das gilt für die Extraktion des Erdöls (die Ressourcen-Seite) ebenso wie für die ökologischen Folgen seiner Verbrennung (die Senken-Seite). Was die Extraktion angeht, so hat Mitchell gezeigt, wie die Kooperation zwischen kapitalistischen Staaten und Unternehmen des globalen Nordens mit konservativen islamischen Bewegungen und Regierungen des globalen Südens jenen den Zugang zu den Erdölvorkommen und beiden zusammen die Unterdrückung demokratischer Bestrebungen ermöglichte (vgl. Mitchell 2011, Kap. 8). Und was die Senken betrifft, die das bei der Verbrennung von Öl und anderen fossilen Energieträgern entstehende CO₂ aufnehmen, so werden sie, obwohl sie sich grösstenteils auf der Südhalbkugel befinden, überwiegend vom globalen Norden in Anspruch genommen bzw. – siehe den Klimawandel – überbeansprucht. Die fossilistischen Produktions- und Konsummuster des globalen Nordens beruhen mithin auf einer überproportionalen Nutzung von Ressourcen, Senken und menschlicher Arbeitskraft im globalen Süden. Insofern bilden sie den Kern einer ›imperialen Lebensweise‹, die eine ungleiche, weder in der Zeit noch im Raum verallgemeinerbare Naturaneignung voraussetzt. Ihre Absicherung ist deshalb kaum demokratisch zu gewährleisten, sondern beruht wesentlich auf militärischer Gewalt, ungleichen ökonomischen Beziehungen und/oder institutionalisiertem Zwang (u. a. in Form von Handelsabkommen) (vgl. Brand/Wissen, 2017).

Seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts, also seit dem weitgehenden Abschluss der Dekolonisierung, ist die ungleiche Naturaneignung von Regierungen und Befreiungsbewegungen des globalen Südens immer wieder politisiert worden (vgl. Wissen, 2018). Entwicklungsansprüche artikulierten sich nicht zuletzt als Forderungen nach der Kontrolle über Ressourcen; in jüngerer Zeit, unter den Vorzeichen des Klimawandels, geht es zudem um die Frage, wer in welcher Masse CO₂ emittieren und damit die globalen Senken in Anspruch nehmen darf. Regierungen des globalen Südens verweisen auf die nach wie vor vergleichsweise geringen Pro-Kopf-Emissionen ihrer Länder und auf die aggregierten CO₂-Emissionen aus zweihundert Jahren Industriegesellschaft im globalen Norden. Sie fordern, beide Grössen bei der Gestaltung eines neuen globalen Klimaabkommens zu berücksichtigen. Diese Forderung hat ebenso wie der in den 1960er und 1970er Jahren vor allem im Rahmen der UN-Konferenz

für Handel und Entwicklung (UNCTAD) verstärkt artikulierte Entwicklungsanspruch des globalen Südens einen demokratiepolitischen Kern: Es geht um die Gleichheit bei der Nutzung von Ressourcen und Senken. Und ähnlich wie die Entwicklungsdebatte der 1970er Jahre scheint der aktuelle Nord-Süd-Konflikt um die Verteilung von CO₂-Emissions-Rechten die Unvereinbarkeit von Demokratisierung und Ökologie zu bestätigen.

Nicht zufällig wurden Umweltprobleme zu Beginn der 1970er Jahre erstmals im globalen Massstab modelliert (vgl. Meadows et al., 1972), und ebenso wenig ist es Zufall, dass die Debatte über ›planetary boundaries‹ (Rockström et al. 2009) in eine Zeit fällt, in der die tendenzielle Verallgemeinerung fossilistischer Produktions- und Konsummuster die ›Grenzen des Wachstums‹ nicht mehr nur des Ressourcenverbrauchs, sondern auch der Senken-Belastung zu überschreiten droht. Demokratie in Gestalt einer gleicheren Nutzung von Ressourcen und Senken stellt sich allem Anschein nach derzeit als Gleichheit in der Übernutzung her.

***Carbon oligarchy* oder Energiedemokratie?**

Inwieweit zeigt diese Konstellation angesichts der vielfältigen Krisen der vergangenen Jahre Risse? Inwieweit lockert sich also der Zusammenhang zwischen Demokratie und ökologischer Zerstörung vor dem Hintergrund der Ressourcen- und der Senken-bezogenen Krise des Öl-basierten Energieregimes oder verkehrt sich gar in sein Gegenteil?

Auf kurze bis mittlere Sicht könnten die Beharrungskräfte der *carbon democracy* dazu führen, dass die fossilistischen Produktions- und Konsummuster im globalen Norden (autoritär) abgesichert oder partiell ökologisch modernisiert würden. Das Resultat wäre ein ›grüner Kapitalismus‹, in dem sich Elemente einer ›grauen‹ und einer ›grünen‹ Ökonomie dem national und regional divergierenden Kräfteverhältnis zwischen den jeweiligen Kapitalfraktionen entsprechend verbinden (vgl. Haas/Sander, 2013). International könnte ein grüner Kapitalismus mit einer partiellen Neujustierung des Nord-Süd-Verhältnisses einhergehen, und zwar insofern, als Länder des globalen Südens aufgrund ihrer Verfügung über agrarische oder mineralische Rohstoffe, ggf. auch über die Fähigkeit, diese zu veredeln (siehe etwa Brasilien sowie Indonesien, Malaysia und Singapur im Fall von Agrar-treibstoffen), geopolitisch und ökonomisch an Einfluss gewinnen. Am Problem der ungleichen Naturaneignung würde sich dadurch gleichwohl nichts ändern. Auch in ihrer ökologisch modernisierten Form bliebe die imperiale Lebensweise auf den überproportionalen Zugriff auf Ressourcen, Senken und Arbeitskraft im globalen Massstab angewiesen. Die Abhängigkeit würde sich höchstens an die spezifischen Bedarfe der ›grünen‹ Segmente der neuen kapitalistischen Formation anpassen. Elemente des Zwangs im Verhältnis zu den Ländern des globalen Südens würden denn

auch keineswegs verschwinden. Nicht von ungefähr ist in einem Dokument der Europäischen Kommission von einer »aktive[n] Rohstoffdiplomatie« (Europäische Kommission 2011, 16) die Rede, mit der die EU ihren ökonomischen Interessen Nachdruck verleihen will.

Die Frage ist allerdings, ob ein grüner Kapitalismus bzw. eine ökologisch selektiv modernisierte *carbon democracy* mehr ist als eine Übergangsformation, deren sozial-ökologische Widersprüchlichkeit perspektivisch auch zu einer institutionellen und Hegemonie-Krise des Öl-basierten Energieregimes führen wird. Die oben beschriebene tendenzielle Verallgemeinerung der fossilistischen Produktions- und Konsummuster im Zuge des Aufstiegs der grossen Schwellenländer lässt genau dies erwarten. In ihrem Zuge könnten die Verfügbarkeit von billigem Öl und anderen Rohstoffen und die davon abhängigen Konsummuster in Bereichen wie Ernährung, Mobilität oder Wohnen als Muster des Massenkonsums zunehmend prekär werden, die *carbon democracy* würde sich mithin auch in den Ländern des globalen Nordens als das offenbaren, was sie im Nord-Süd-Verhältnis schon immer war: eine *carbon oligarchy*. Lange Zeit die *Bedingung* für soziale Teilhabe und Wohlstandszuwachs, wird sie im Moment ihrer globalen Verallgemeinerung zu deren *Hindernis*, ihr Erfolg, im Sinne ihrer globalen Attraktivität und Verallgemeinerung, untergräbt ihre eigenen Existenzbedingungen, und zwar auch dort, wo sie bislang am erfolgreichsten war: in den Ländern des globalen Nordens. An diesem Widerspruch wird die kurz- und mittelfristig durchaus denkbare Absicherung und selektive Modernisierung der *carbon democracy* im Rahmen einer grün-kapitalistischen Formation auf längere Sicht scheitern. Die physisch-materielle Krise des Öl-basierten Energieregimes findet ihre Entsprechung in einer institutionellen und Hegemonie-Krise.

Ein zentraler Punkt ist nun, dass sich die Konturen eines erneuerbaren Energieregimes und dessen Träger bereits deutlich abzeichnen. Sie sind Produkt und Beschleuniger der Krise des Öl-basierten Energieregimes und weisen gleichzeitig über dieses hinaus. Sichtbar werden sie als Energiegenossenschaften, *transition towns* oder Energieregionen, die die Energieversorgung auf der Basis von Solar-, Wind- oder aus Biomasse gewonnener Energie dezentral reorganisieren und damit den Einfluss der atomar-fossilistischen Grossversorger zurückdrängen. In Deutschland ist diese Entwicklung bekanntlich so weit fortgeschritten, dass letztere in eine existenzielle Krise geraten sind. Ihre Krisenstrategie besteht darin, auf den Zug erneuerbarer Energien, dessen Abfahrt sie verpasst haben, nachträglich aufzuspringen und ihn in eine grün-kapitalistische Richtung zu lenken. Dies ändert jedoch nichts daran, dass die erneuerbaren Energien die Bedingungen für gesellschaftliche Auseinandersetzungen verändert und neue demokratiepolitische Optionen eröffnet haben.

Eine wichtige Forderung in den aktuellen Auseinandersetzungen ist die nach ›Energiedemokratie‹. Sie bildet den politischen Kristallisationspunkt zahlreicher Initiativen an unterschiedlichen Orten und auf verschiedenen räumlichen Ebenen (Kunze/Becker 2014). Im Unterschied zum Öl-basierten Energieregime wird Demokratie in diesen Kämpfen nicht als (räumlich und sozial exklusive) Gleichheit auf einem zu hohen Niveau der Ressourcen- und Senken-Nutzung verstanden, sondern als Schlüssel zum Abbau jener Naturbeherrschung, wie sie die *carbon democracy* institutionalisiert hat. Wenn all jene gleichberechtigt an den Entscheidungen partizipieren können, von deren Folgen sie betroffen sind, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass die Entscheidungen sozial und ökologisch reflexiver ausfallen. Die Einrichtung von Verfahren dieser Art wird nicht zuletzt durch die den erneuerbaren im Unterschied zu den fossilen Energien innewohnende ›Tendenz zur Dezentralität‹ (Sieferle 1982, 175) begünstigt, die die Möglichkeit beinhaltet, die Räume der Energieerzeugung mit denen des Energiekonsums zur Deckung zu bringen. Das schützt nicht vor ökologischen Fehlentscheidungen, es macht sie aber unwahrscheinlicher, denn die Kosten von Fehlentscheidungen ›tragen alle. Da dies alle wissen, würden sie auch eher versuchen, Entscheidungen zu Lasten der Natur in der Nähe und in der Ferne zu verhindern‹ (Demirović 2012, 70). Energiedemokratie dehnt insofern die in der liberalen Demokratie auf die politische Sphäre beschränkte Gleichheit aus und konkretisiert das Prinzip der Wirtschaftsdemokratie in einem zentralen Bereich gesellschaftlicher Infrastrukturversorgung; Betroffene werden zu Mitbestimmenden, und Unternehmen orientieren sich am Gemeinwohl statt an der Logik der Profitmaximierung – »*eben weil* die Betroffenen mitbestimmen.« (SP Schweiz 2016, 5, Hervorh. M. W.) Nicht zuletzt würden durch Energiedemokratie Lernprozesse ermöglicht, aus denen nicht nur reflexivere gesellschaftliche Naturverhältnisse, sondern auch neue, demokratische Subjektivitäten hervorgehen könnten.

Fussnote

1 Der Text ist eine gekürzte und überarbeitete Version meines Beitrages zu dem Band, den Alex Demirović 2015 unter dem Titel ›Transformation der Demokratie – demokratische Transformation‹ (Münster: Westfälisches Dampfboot) herausgegeben hat. Ich danke Uli Brand für hilfreiche Anmerkungen.

Literatur

- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München.
- Demirović, Alex (2012): Marx Grün. Die gesellschaftlichen Naturverhältnisse demokratisieren. In: Luxemburg(3), 60–70.
- Demirović, Alex (2013): Multiple Krise, autoritäre Demokratie und radikaldemokratische Erneuerung. In: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 43(2), 193–215.
- Europäische Kommission (2011): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen. Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze. KOM(2011) 25 endgültig.
- Haas, Tobias/ Sander, Hendrick (2013): ›Grüne Basis‹. Grüne Kapitalfraktionen in Europa – eine empirische Untersuchung. Studien der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin
- Huber, Matt (2013): Fueling Capitalism: Oil, the Regulation Approach, and the Ecology of Capital. In: Economic Geography 89(2), 171–194.
- Kunze, Conrad/ Becker, Sören (2014): Energiedemokratie in Europa. Bestandsaufnahme und Ausblick. Brüssel.
- Meadows, Donella H. et al. (1972): The Limits to Growth. New York.
- Mitchell, Timothy (2011): Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil. London, New York.
- Rockström, Johan et al. (2009): Planetary Boundaries: Exploring the Safe Operating Space for Humanity In: Ecology and Society 14(2).
- Sieferle, Rolf Peter (1982): Der unterirdische Wald. Energiekrise und industrielle Revolution. München.
- Silver, Beverly J. (2005): Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870. Hamburg.
- SP Schweiz (2016): Positionspapier SP Schweiz. Eine Zukunft für alle statt für wenige – Eine demokratische, ökologische und solidarische Wirtschaft zum Durchbruch bringen. In: http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/positionspapier_wirtschaftsdemokratie_definitiv_d.pdf
- Spitzner, Meike (2004): Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck – Gender-Analyse am Beispiel ÖPNV. In: netWORKS-Papers Nr. 13. Berlin, Deutsches Institut für Urbanistik.
- Wissen, Markus (2018): Umwelt- und Ressourcenpolitik. In: Ataç, Ilker/Kraler, Albert/Ziai, Aram (Hg.): Politik und Peripherie. Eine politikwissenschaftliche Einführung. Wien, 386–403.